

Protokoll

1. Treffen Brandenburger BI's in Fichtenwalde

Ort: Hans-Grade-Haus, Fichtenwalde
 Datum: 10. Januar 2012, 19:00 – 23:00 Uhr

Nach einer kurzen Eröffnungsrede von Stefan Müller, BI Fichtenwalde hatten alle BI's Gelegenheit sich und Ihre Belange vorzustellen.

1. BI Altdöbern: geplant sind 25 WKA in 1000 Ha Wald. Auf besondere Waldbrandgefahr wurde hingewiesen. Schlechte Erfahrungen mit der Presse (Klartext).
2. BI Baruth: geplant waren 26 WKA. Stadtverordnetenversammlung hat gegen WKA gestimmt.
3. BI ~~Gesundes~~ Wenzlow: Wald hat Schutzfunktion vor Autobahnlärm. 20 WKA im Wald geplant. 5 Gemeinden im Amtsbereich Ziesar versuchen zusammen mit einem bestehenden Teilflächennutzungsplan (TFNP) eine Lösung zu finden.
4. BI Golzower Land: bereits 6 WKA in 1000 m Abstand. Privates Lärmgutachten erstellen lassen, überall Desinteresse. Bereits den Klageweg beschritten.
5. BI Groß Ziesch (Baruth): es geht um Merzdorfer Heide. Noch schützt ein TFNP von Baruth.
6. BI Horizont: Schlenzer und niederer Fläming, sind in resignativer Phase angekommen.
7. BI Lüdendorf: Nähe Feldheims. 87 WKA im Umfeld, viel Propaganda hinsichtlich Funktionalität des Feldheimer Projekts, seit 3 Jahren aktiv.
8. BI Wallow (Uckermark): Brief von Herrn Niebach wurde verlesen, der über seine Erfahrungen mit rund 800 WKA im Umfeld berichtete. Hinweis auf die 30 Jahre alte TA-Lärm und das unterschätzte Problem Infraschall.
9. BI Frohnsdorf: Dorf im Wald an der Nieplitzquelle. Wald als Suchgebiet im Regionalplan ausgewiesen. Teilweise nur 500 m Abstand z.B. zur Quelle.
10. BI Lobbese (Treuenbrietzen): WKA geplant, zusammen aktiv mit BI Niebel
11. BI Niebel (Treuenbrietzen): plädierte für Sachkunde, Disziplin, rechtliche Unterstützung und Geldsammelaktionen. Hat Erfolge in der Abwehr vorzuweisen.
12. BI Niedergörsdorf: plädiert ebenfalls für juristischen Beistand
13. BI Lieberose Heide: erfolgreich WKA Planungen gekippt. Partner wie Forst, Schutzgemeinschaft Wald, Jägdverband, Säge- und Holzindustrie, Presse, Gewerkschaft der Forstleute ins Boot geholt.
14. BI Wandlitz: aktiv im Kampf gegen WKA im Wald rund um den Liepnitzsee
15. BI Wernsdorf: geplant sind 47 WKA mit 200 m Höhe. Erstmals durch die Ablehnung der Stadtverordneten verhindert. Gefahr ist noch nicht gebannt. Weitere Planungen im Gespräch.
16. BI Wiesenhagen (Trebbin): mittlerweile gespaltenes Dorf, drei Frauen kämpfen auch mit Hilfe der Presse.
17. BI Zossen: ca. 100 Vereinsmitglieder, 34 WKA im Wald geplant.
18. BI Schwielowsee: 14 WKA in Dorfnähe geplant. Auch gespaltenes Dorf. Die Hälfte der Einwohner besitzt Wald. Pachtverträge zwischen 20-35 TEUR.
19. BI Golzow: vor 9 Jahren Widerstand gegründet. Große Erfahrung.

Nach der Pause nutzte das Vorstandmitglied der Linken, Herr Dr. Bernig die Gelegenheit, auf seine Sachkenntnis hinzuweisen. Er wurde gebeten, Frau Minister Tack aufzufordern, das Gespräch mit uns zu suchen.

In den Redebeiträgen wurden interessante Statements abgegeben, hier ein Auszug:

Brandenburgische CDU ist der Meinung, dass 3000 existente WKA genug sind.....weitere WKA sollten erst genehmigt werden, wenn das Speicherproblem gelöst ist.....WKA produzieren nur 20 % ihrer Nennleistung effektiv.....das Schreiben von Petitionen und Sammeln von Unterschriften ist sinnlos (Erfahrungen der „älteren“ BI's).....maximal 10 % der Brandenburger Bevölkerung ist von der Problematik betroffen, nur wenige wissen um die Genehmigung im Wald WKA zu errichtenInfraschall wird totgeschwiegen, aber vom Robert-Koch-Institut bereits bestätigt.....Grundübel ist das Waldgesetz, dieses muss geändert werden.....im Baugesetz muss die Nutzung von Flachdächern für Solar und Photovoltaik vorgeschrieben werden.....Einwendungen müssen von ganz vielen Einzelpersonen erfolgen.....die Kommunen müssen erst mal selbst Energiekonzepte erarbeiten, um überhaupt den Gesamtbedarf zu ermitteln.....das EEG ist staatliche geförderte Anstiftung zur Korruption, das EEG ist staatlich sanktionierte Destechung.....Abstandsflächen sollen im Abhängigkeit der Turmhöhe festgelegt werden.....TU Hamburg Herr Heinzow kritisch zur Ökonomie regenerativer Energien..... Rechtsschutzversicherungen können gerichtliche Auseinandersetzungen decken.....Jugend muss verstärkt mit ins Boot geholt werden.

Es wurde vereinbart, dass die Petition zum Schutz des märkischen Waldes gemeinsam beim Landtag abgegeben wird. Details dazu, Organisatorisches und weiteres Vorgehen wird in einer Arbeitsgruppe erarbeitet. Zur Mitarbeit haben sich gemeldet:

BI Volksinitiative – Herr Jacob	jacob@bluewood.de	Tel. 035471/300 od. 0171/7506334
BI Wandlitz – Frau Kastl	hans-juergen-klemm@nexgo.de	Vertretung: Herr Klemm
BI Niebel – Herr Pöppelmeier	storch2008@t-online.de	
BI Zossen – Herr Gurczik	dgurczik@t-online.de	Vertretung Frau Ehresmann
BI Niedergörsdorf – Herr Loof	wwcloof@yahoo.de	
BI Golzow – Herr Neumann	wneumannbuerogmm@aol.com	
BI Lausitz – Herr Böhner	polmalt@t-online.de	
BI Fichtenwalde - Herr Müller	s.mueller@bi-fichtenwalde-ev.de	

Folgender Link wurde im Laufe des Abends angesprochen:

http://www.fnu.zmaw.de/fileadmin/fnu-files/publication/working-papers/Offshore_Windenergie.pdf

Weitere Veröffentlichungen der TU Hamburg wurden von Herrn Neumann zur Verfügung gestellt und dem Protokoll angehängt.

Adressenliste der Teilnehmer und angesprochene Zeitungsartikel werden dem Protokoll angehängt.

Michaela Rogovits

Von: Verein <s.mueller@bi-fichtenwalde-ev.de>
Gesendet: Donnerstag, 12. Januar 2012 17:40
An: BI Winfried; Michaela Rogovits; m.johannink@bi-fichtenwalde-ev.de; Tilo Köhn; Jutta Rahlf-Riermeier; 'Karlheinz Mathies'
Betreff: Fwd: Rundumschlag

Hallo in die Runde, ich denke alleine für diesen Kontakt hat sich der Dienstag gelohnt. Ich hatte mit ihr heute telefoniert, sehr gut drauf, trotz 6jährigem Ringen noch Lebensfroh, gehört zum Kreis der Volksinitiative Windrad. Jemand von uns sollte mit ihr regen Kontakt pflegen, Michaela?

Ciao

Stefan

Lieber Stefan Müller,

zunächst ein paar Links, unter:

<http://www.wilfriedheck.de/>

finden Sie eine Seite, die Ihren Vorstellungen entgegenkommen könnte:

Hier sind gesammelte **Urteile**, Links zu anderen Initiativen, aber auch manch witzige Idee oder ironische Formulierung hat mir schon den einen oder anderen Tag versüßt.

<http://www.kraemer-dieter.de/>

hat unter »Windkraft« einiges zusammengesammelt.

<http://www.naeb.info>

ist eine erstklassige Daten- und Faktensammlung!

<http://www.eike-klima-energie.eu>

betreibt die CO2- Diskussion.

Der Kampf gegen Windanlagen erfordert (leider) für die meisten ein völliges Umdenken, denn die meisten sind mittlerweile durch die Medien so infiltriert, dass sie glauben schwarz sei weiß. Es ist zu einer Glaubensfrage mutiert, bei der Fakten (naturwissenschaftliche Gesetze) völlig ignoriert werden. Machen Sie den Test: Kaum ein Journalist kann Energie von Leistung unterscheiden. Und die meisten unserer Mitstreiter auch nicht. Insofern ist das immer eine Gratwanderung, wie man sich selber positioniert: Konsequenz in der Sache macht einen nicht beliebt für alle. Bemüht man sich »keinem weh zu tun« schadet man sich selber.

Die unangenehme Wahrheit ist, dass Wind-(EEG)Strom für sehr wenige ein sehr lukratives Geschäft ist, nicht mehr, nicht weniger.

Und mittlerweile hängen viele Zulieferer dran, die dadurch erpressbar sind.

Nimby

Generell werden Windkraftgegner in der Presse gern lächerlich gemacht, weil die meisten argumentieren:

„Wir sind ja nicht völlig dagegen, aber: »Nicht vor unserer Tür!«“ (Nimby)

(das eint sie mit den Gegnern von Voltaik-Flächen, Biogasanlagen, (Speicher)Stauseen,

Autobahnzubringern, Masttierfarmen, Flughäfen usw. bis hin zu Stuttgart 21 – die natürlich alle ihre

Berechtigung haben, aber »irgendwo muss es ja stattfinden«. – Die CCS-Initiativen waren erfolgreich mit

»Nicht bei uns und nirgendwo anders!«).

Das fiel uns fatal auf die Füße im Mai nach unserem Aktionstag in Potsdam: Wir hatten ich glaube 4 Fernsehteams und Jacob, Gurczik, Neumann, ... auch ich haben gut argumentiert (ich hatte sogar noch eine Tafel für eine Alternative (Shale-Gas) gemacht) – und gab es einen längeren Bericht, den man auch als »Nimbys der Bundesrepublik« bezeichnen könnte – und nur Aufnahmen von Mitstreitern die »nicht bei uns« klagten.

Dagegen sollten wir argumentieren mit:

Stromkosten.

Wenn wir uns klarmachen, dass die durch das EEG geförderten Energien immer nur »Add-on«, also zusätzliche Energien sind (denn nachts scheint keine Sonne, meist weht der Wind nicht passend und Energie kann man (in größeren Mengen) nicht speichern – dann können wir sie nur in Gänze und überall ablehnen. Das erscheint für viele, als sollten sie eine Kröte schlucken, denn wir haben ja mittlerweile »gelernt«, dass wir eine Energiewende vollziehen werden. Reden sie mal mit Fachleuten aus dem (Versorgungs-) Energiesektor, die NICHT daran unmittelbar verdienen... Das EEG ist ein Instrument der Planwirtschaft. Nach 10 Jahren »Anschubförderung« sollten Angebot und Nachfrage den Strommarkt bestimmen. Wenn wir das EEG abschaffen, wird nichts mehr gebaut und alles vorhandene abgeschaltet...

Die 17 Mrd. Euro Kosten für Energie aus dem EEG in 2011 sind also zusätzlich entstanden – zu den rund 22 Mrd. »sowieso« Stromerzeugungskosten. Gleichzeitig wird die Qualität des Stroms durch Verschiebung von Spannung, Frequenz und Phasensynchronität geringer (das ist durch die schwankenden Einspeisungen kaum haltbar – und wird nur bis .

Ich hatte letztes Jahr einen Kontakt zur VIK (Verband industrieller Stromkunden). Die Großindustrie packt ihre Koffer, weil sie sich durch »qualitativ schlechten Strom« nicht die High-Tech kaputthauen lassen. Das kann das Gros unserer Arbeitsplätze kosten, der Industriestandort Deutschland wird deindustrialisiert.

Dagegen sollten wir argumentieren mit:

Entschädigung

Überall wo Windanlagen entstehen, werden erhebliche Verluste an Immobilienwerten in Kauf genommen. Der Zuzug ist meist völlig gestoppt. (siehe demografische Entwicklung) Für aussterbende Gemeinden brauchen wir keine finanzielle Ausstattung. Außerdem wird natürlich auch kommunales Eigentum entwertet. Das ist noch nicht wirklich ausargumentiert. (Die Anwohner der Braunkohlereviere werden rausgekauft und abgefunden, Windanrainer haben keine Rechte.

Um auf der BI-Ebene zu bleiben (denn ich werde sie und ihre Mitstreiter kaum aufhalten können, sich auf die Spur zu machen):

Auch nicht ausargumentiert sind

— die Gefährdung von Leichtigkeit und Sicherheit des **Straßenverkehrs** durch Windanlagen (durch zu große Nähe durch Umfallen und Eiswurf) – die Straßenverkehrsbehörde fühlte sich nur noch nicht zuständig...

— die **Ölverschmutzung** der Landschaft (in den großen Anlagen sind 2000 l Hydrauliköl. Die Getriebe sind früher oder später alle undicht. ...)

Mit Landschaftsschutz, Tierschutz, Gesundheit zu argumentieren hat bisher nichts und niemandem (!) was gebracht. (Im Gegenteil: Nester sind teilweise abgeräumt worden.) Das Landesumweltamt in Brandenburg wiegelt alles ab. Ich weiß, die Welt verändert sich täglich, aber nach 10 Jahren halte ich eine diesbezügliche Argumentation als pure Zeitverschwendung (auch wenn Sie das nicht glauben mögen, wir wollten es auch nicht glauben - zumal sich praktischerweise immer Leute finden, deren Spezialgebiet es ist – und man lernt ja auch was dabei... aber am Ende ist es pure Zeitverschwendung. – Wir sehen uns diese Mail ... sagen wir mal: In drei Jahren an?)

Generell für die BI-Arbeit vor Ort gilt:

Sie werden Verwaltungsverfahren (Bauanträge, BImSchG-Anträge) begleiten: **Verfahrensfehler zählen am meisten!**

Also, achten Sie ab sofort ganz genau auf Veröffentlichungen, ob und ob pünktlich und ob lange genug Aushänge stattfinden, wo überall veröffentlicht werden muss und ob wird ... damit habe ich in meiner Gemeinde immerhin zwei ganze Jahre Aufschub gewonnen!

Dazu sind nützlich das Baugesetz und das BImSch-Gesetz, alle Richtlinien. Das ist alles böse Kraft- und Zeitverschwendung, aber zumindest ich habe dabei sehr viel gelernt.

In Einwendungen gegen FNP, B-Pläne und BImSchG alles rein was Beine hat: Wir haben meist zu mehreren eine große Einwendung geschrieben an die wir alle Unterschriften angehängt haben, die wir hatten. Dadurch waren dann ALLE beteiligt und wir haben allen, die uns je durch eine Unterschrift unterstützt haben, eine mögliche Klage (man weiß ja nie was kommt) ermöglicht (wenn esso weit ist suche ich eine mögliche Beispieleinwendung raus).

Die vorgelegten **Schallgutachten** sind alle anzugreifen: Die Gutachter »fummeln bis sie passen« – Zukunftsprojekt ist zu versuchen, 1 Gutachter für alle Gegenwindler der ganzen Bundesrepublik für uns zu gewinnen - der könnte dann vielleicht überleben, weil andere Aufträge kriegt der nicht mehr, wenn er für uns erfolgreich war...

Einen Stadtverordneten auf seiner Seite zu haben ist nützlich. Am besten natürlich die Mehrheit, aber einer gewährleistet einen kleinen Informationsfluss und ist antragsberechtigt. Den hegen und pflegen, er wird es nicht leicht haben.

Der Stadtrat wird meist durch Gelder für die Stadtkasse geködert. Das ist Bestechung. Dazu gibt es Stellungnahmen bei Wilfried Heck.

Unser Anwalt ist Dr. Otto in Potsdam.

So, das ist für mich ungewöhnlich viel und lang. Aber im ersten »Rundumschlag« wollte ich das Wesentliche benennen.

Wir müssen lernen uns kurz zu fassen und präzise zu formulieren.

Liebste Grüße aus Beiersdorf von
Petra Dahms